

## ***Der V. Programmparteitag der chilenischen Christlichen Demokraten***

**vom 12. bis 13. Oktober 2007 in Santiago de Chile**

Das Grundsatzprogramm der Partei aus dem Jahre 1994 gibt vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung keine adäquaten Antworten auf die Herausforderungen für Chile im XXI Jahrhundert. Die Partei hatte sich daher entschlossen, auf einem Programmparteitag am 12. und 13. Oktober 07, in 34 thematisch zugeordneten Kommissionen, Politikgrundsätze zu formulieren, die einerseits an den Prinzipien und Grundwerten Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit festhalten und andererseits vor den nationalen und internationalen Rahmenbedingungen für Politik in Chile, aus Sicht des christlichen Verständnisses vom Menschen, die Partei zukunftsfähig aufstellen sollten.

### **Partizipativer Meinungsbildungsprozeß**

In einem dezentralen und subsidiär organisierten Prozess der Meinungsbildung, hatte die Partei mit Orts- und Regionalverbänden seit 18 Monaten Maßnahmen durchgeführt, die alle wichtigen Akteure der verschiedenen Parteiebenen zusammenführte. Aus diesem Meinungsaustausch, an dem alle Parteimitglieder aufgerufen waren sich zu beteiligen, entstand ein Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm, das in Kommissionen und im Plenum mit 1800 Delegierten auf dem Programmparteitag beraten wurde.

Die Konrad Adenauer Stiftung und ihrer Partner waren sehr intensiv in diese Vorbereitungen eingebunden. Sie beeinflussten und orientierten mit ihren Kompetenzfeldern und dem Sachverstand ihrer Experten die inhaltliche Ausrichtung des Grundsatzprogrammwurfes in entscheidenden Punkten.

### **Wichtige und richtige Orientierungen**

Aus Sicht des KAS-Auslandsbüros sind folgende Politikkonzepte aus dem Programmwurf besonders bedeutend für den künftigen Weg der christlichen Demokraten im Rahmen des chilenischen Meinungspluralismus:

- Die Partei bekennt sich zum ersten Mal in ihrem bisherigen 5. Grundsatzprogramm zur „Sozialen Marktwirtschaft“ als die Wirtschaftskonzeption, die die Steuerung über Märkte mit sozialem Ausgleich verbindet.
- Den kleinen und mittleren Unternehmen wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Partei plädiert für eine aktive staatliche Mittelstandsförderung.
- Die Rolle des Staates als Wettbewerbshüter wird unterstrichen. Nur so könne der Zugang zu und auf den Märkten auch für neue Anbieter garantiert werden. Die Konzentration in einigen Branchen der Wirtschaft Chiles sei besorgniserregend.
- Dezentralisierung und Subsidiarität seien Leitbilder für einen Staatsaufbau von unten nach oben. Die legislativen und exekutiven Institutionen in den 15 Regionen des Landes bedürften einer stärkeren demokratischen Legitimierung. Die direkte Wahl des „Intendenten“ (vergleichbar mit dem Ministerpräsidenten) und der regionalen Parlamente sei anzustreben.
- Die Machtfülle des Präsidentenamtes sei zu beschränken. Mehr parlamentarische Elemente sollten das präsidentielle Regierungssystem demokratischer ausgestalten.

- Statt einem Zweikammersystem, könne man auf den Senat verzichten, wenn die regionale Repräsentanz und Legitimation der Abgeordneten gestärkt sei.
- Chile benötige eine funktionierende Sozialpartnerschaft mit Tarifautonomie und sozialem Dialog zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften auf Branchenebene.
- Die Partei spricht sich für eine nachhaltige Umweltpolitik aus und fordert die Formulierung einer langfristigen Energiepolitik unter stärkerer Beachtung erneuerbarer Energieträger auch aus Gründen des Klimaschutzes. Der nuklearen Option wird eine Absage erteilt.
- Die Partei fordert eine Lösung für den Dauerstreit Chiles über Boliviens Anspruch auf Meereszugang und spricht sich für eine Überwindung der Grenzstreitigkeiten mit den Nachbarländern aus.
- In Fragen der Erziehungs- und Bildungspolitik fordert die zuständige Kommission ein Verbot der Gewinnabsicht privater Grundschulen, die mit staatlichen Subventionen alimentiert werden.

## **Bewertung**

Die umfangreiche Berichterstattung in den chilenischen Medien während und nach dem Programmparteitag sprach mehrheitlich von einem stärkeren Linksruck der Partei. Diesem Urteil kann sich der Verfasser nicht anschließen. Vielmehr ist die Partei mit ihren Bekenntnissen zu einem dezentralen Staatsaufbau, zur notwendigen Reform des politischen Systems, zur Sozialen Marktwirtschaft mit Mittelstandsförderung und Sozialpartnerschaft, mit der Betonung des christlichen Menschenbildes und des in Folge konsequenten Schutzes des Lebens von der Empfängnis bis zum Tod, näher an die europäische christlich-demokratische Bewegung herangerückt. Daran haben die Konrad Adenauer Stiftung und ihre chilenischen Partner erheblichen Anteil.

Richtig in der Medienberichterstattung ist, dass der Programmparteitag keine Brücken zwischen den unversöhnlichen Flügeln der Partei schlagen konnte. Die Anhänger um den langjährigen Vorsitzenden des PDC, Herrn Senator Adolfo Zaldívar, fühlen sich als siegreiche Ideenspender durch das Grundsatzprogramm bestätigt. Schließlich seien sie es, die sich unverwechselbar für die Soziale Marktwirtschaft mit Mittelstandsförderung, aktiver Wettbewerbspolitik und funktionierender Sozialpartnerschaft seit längerem eingesetzt hätten.

Unglücklich war die Definition der Partei als politische Kraft der Mitte durch die Vorsitzende in ihre Eröffnungsrede, die reformerisch und progressiv sein sollte. Mit dem Adjektiv progressiv verbindet man auch in Lateinamerika eine Politik der gesellschaftlichen Reformen nach dem Vorbild des spanischen Ministerpräsidenten Zapatero oder gemäss den Forderungen aus dem Wahlprogramm der französischen Sozialisten unter Führung von Frau Segolène Royale. Die der Opposition in Chile zuneigenden Printmedien haben unter diesem Aspekt recht, wenn sie dem PDC einen Linksruck vorwerfen. Das Parteiprogramm selbst bestätigt diesen Vorwurf nicht.

ExPräsident Eduardo Frei Ruiz-Tagle, der ebenfalls den Anspruch auf eine mögliche DC-Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im Dezember 09 erhebt, hat es im Schulterschluss mit Senator Zaldívar erreicht, dass der Programmparteitag nicht zu einer Proklamation von Frau Alvear zur DC-Präsidentschaftskandidatin wurde. Beide Herren haben ein Interesse daran, dass die Entscheidung der Partei über die Präsidentschaftskandidatur erst nach den Kommunalwahlen im Oktober 08 gefällt wird. Frau Alvear hingegen wird alles versuchen, dass der nationale Parteirat (Junta Nacional, das wichtigste Gremium der Partei zur Festlegung politischer Richtungsentscheidungen und zuständig für die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter), im Januar 08 (oder März 08 – Termin für die Einberufung steht noch nicht fest) sie als Kandidatin für die Präsidentschaftswahlen in 09 proklamiert.

Frei und Zaldívar hingegen möchten vermeiden, dass Frau Alvear im Kommunalwahlkampf gemeinsam mit Bürgermeistern und Gemeinderäten Wahlkampfauftritte als Präsidentschaftskandidatin durchführt. Stattdessen befürworten beide, Frau Alvear solle als Vorsitzende der Partei wieder gewählt werden, damit sie die volle Verantwortung für das Kommunalwahlergebnis zu übernehmen hat. Diese Last möchte jedoch Frau Alvear einem Vertrauten überlassen, der nach ihrer Proklamation als Kandidatin auf der „Junta Nacional“ auf ihren Vorschlag hin, zum neuen Vorsitzenden des PDC gewählt werden sollte.

Auch muss der nationale Parteirat im Januar oder März den dann von einem Redaktionskommittee fertiggestellten Text des neuen Grundsatzprogramms annehmen und verabschieden. Erst dann können Funktionsträger der Partei in öffentlichen Auseinandersetzungen zu wichtigen politischen Zukunftsfragen sich am neuen Text orientieren und andere Politiker der Partei darauf festlegen.

Santiago, im November 07

Dr. Helmut Wittelsbürger